

03.11.2009 - Universitäten / Studenten / Rektoren

## Studentenproteste: Badelt fordert Zeitplan für Zwei-Prozent-Ziel

Utl.: Faymanns Wortmeldung "hat Fronten durchbrochen"=

Wien (APA) - Einen offiziellen Zeitplan für die Verwirklichung des im Regierungsprogramm verankerten Ziels, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den tertiären Bildungsbereich auszugeben, fordert der Präsident der Universitätenkonferenz, Christoph Badelt, ein. "Die Regierung muss sich dazu bekennen, ob sie die Universitäten aus der Unterfinanzierung führen will und in welcher zeitlichen Perspektive das möglich wäre", sagte Badelt am Dienstag gegenüber der APA.

Mit seinem Wunsch nach zusätzlich einer Mrd. Euro pro Jahr habe er nur vorgerechnet, wieviele zusätzliche Mittel für die Verwirklichung des Zwei-Prozent-Ziels notwendig wären. Er wisse natürlich, dass niemand diese Milliarde "im Kasten hat". Beginnend mit den von Wissenschaftsminister Johannes Hahn (V) zugesagten 34 Mio. Euro müsse nun ein konkretes Szenario entwickelt werden, wie es weitergehe. "Das müsste dann kombiniert werden mit dem Bekenntnis zu Zugangsregelungen in jenen Fächern, wo die Kapazitäten nicht reichen", betonte Badelt, der bewusst von Zugangsregelungen spricht, "weil die Beschränktheit der Kapazitäten ergibt sich ohnehin aus den vorhandenen Ressourcen wie Räume, Personalausstattung, etc."

"Das Zwei-Prozent-Ziel ist für mich die Marke, wo ich glaube, dass wir aus der Unterfinanzierung herauskommen", sagte der Rektorenchef. Allerdings solle man den protestierenden Studenten diesbezüglich keine Illusion machen, "auch wenn wir zwei Prozent haben, sind nicht alle Kapazitätsengpässe gelöst".

Die jüngste Wortmeldung von Bundeskanzler Werner Faymann (S), der sich für Zugangsregelungen ausgesprochen hat, wertet Badelt als "enorm wichtig, weil sie die konventionellen Fronten durchbrochen hat". Er hofft, dass es in diese Richtung weitergehe. Der Rektor wünscht sich zudem, dass die Regierung eine gemeinsame Linie finde, sich den protestierenden Studenten zu nähern. Dazu brauche es nicht nur Dialogbereitschaft auf beiden Seiten, sondern auch "irgendwelche Strukturen", schließlich könne man nicht "im Großkollektiv" miteinander reden.

Bei den Forderungen der Studenten müsse man sich ansehen, welche sich an Regierung, Parlament und die einzelnen Unis richten. So könnten die Rektoren nicht über die Budgetfrage entscheiden,

Rektorate und Senate seien aber bei Fragen des Studienplans oder der Gestaltung der Studieneingangsphase durchaus die richtigen Ansprechpartner.  
(Schluss) cm/aku/mk

APA0231 2009-11-03/12:11

031211 Nov 09

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an [zukunftwissen@apa.at](mailto:zukunftwissen@apa.at).